

# Leitbild des Lesbenverein Intervention e.V.

## Präambel

Intervention ist ein vielfältiger Verein, der nach innen unterschiedlichste Möglichkeiten bietet, sich zu engagieren, mitzumachen und zu gestalten. Nach außen vertritt er mit einem Habitus als in vielerlei Hinsicht kompetentes, kritisch-feministisches „Gewissen der Bewegung“ sein ganz eigenes Image. Der 1982 von engagierten Menschen gegründete Verein hat sich von jeher mit dem zum 25-jährigen Jubiläum kreierten Slogan „Gegen den Strom – mit der Zeit“ identifiziert.

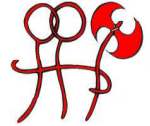
Mit diesem Motto ist es uns gelungen, unsere wichtigste Maxime in einem Satz auszudrücken: Einerseits gegen den Strom zu schwimmen, dem Mainstream zu trotzen, unsere eigenen vielfältigen Wege zu gehen ohne uns anzupassen. Und gleichzeitig mit der Zeit zu gehen – und auch dies mit unserem eigenen Verständnis von „modern“ und „zeitgemäß“: Wir verstehen unter fortschrittlich und innovativ, nach wie vor für die Würde der Menschen einzutreten, für die Gleichberechtigung von Frauen, die Rechte von Lesben, Schwulen und TransidentInnen, das Menschenrecht auf ein selbst bestimmtes, sozial abgesichertes Leben in Freiheit und ohne Gewalt.

Aus dieser Grundhaltung, die jedem einzelnen Individuum die gleichen Rechte zugesteht, resultiert unsere Kernforderung: „Gleiche Rechte für alle Lebensformen!“ Die Beanspruchung gleicher Rechte ist mehr als eine bloße Forderung nach der Anhebung einzelner Gesetze auf ein „normales“ Niveau. Es bedeutet in der Konsequenz die „Akzeptanz des Andersseins“ und ist damit Kontrapunkt zu Normalität und Gleichmacherei.

Der vielfach geäußerte Wunsch nach Toleranz billigt einen Führungsanspruch des Normativen. Akzeptanz jedoch bedeutet die Anerkennung, dass „anderes Sein“, andere Wünsche, andere Vorstellungen, andere Kulturen, andere Religionen, andere Lebensumstände... also alles, das von der Norm abweicht, selbstverständlicher Bestandteil einer Gesellschaft ist und eine Bereicherung darstellt!

**Diese Akzeptanz ist das Ziel von Intervention!**

Mit diesem Leitbild wollen wir unsere politischen, pädagogischen, ideellen Grundhaltungen, Aussagen und Ansprüche zusammenfassen, die nach innen und nach außen gleichermaßen gelten und Grundlage unseres Engagements und unserer Entscheidungen sind.



## Aufgaben des Vereins

Auf Basis der oben genannten Grundhaltung versteht sich Intervention als Interessensvertretung der gesellschaftlichen Gruppe „Lesben“.

Auch die Lebenssituation von Lesben wird durch die ökonomischen und politischen Bedingungen einer Gesellschaft bestimmt. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, uns einerseits eindeutig zum politischen Geschehen zu positionieren und uns andererseits für eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Lesben einzusetzen.

Auf diese Weise macht Intervention in öffentlichen und politischen Gremien auf die Existenz von Lesben und deren Forderungen und Ansprüchen aufmerksam und hilft so, die Ignoranz als Form der Diskriminierung gegen Lesben zu durchbrechen.

Dies führt zu einer dreiteiligen Aufgabenstellung, in der wir auch unsere Kernkompetenzen sehen: Die Bereitstellung psychosozialer Angebote, die Unterstützung selbst verwalteter Projekte im Sinne einer „Hilfe-zur-Selbsthilfe“ und deren Vernetzung, sowie das Herausfordern von Politik und Gesellschaft.

Intervention ist gemeinnützig und erfüllt eine gesellschaftlich notwendige Funktion, weshalb wir für die Umsetzung dieser Aufgaben staatliche Gelder beanspruchen – allerdings ohne eine inhaltliche Einflussnahme der Behörden.

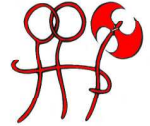
## Pädagogische Grundsätze

Die psychosozialen Angebote von Intervention verfolgen die gleichen inhaltlichen Leit motive, woraus sich die folgenden pädagogischen Ziele ergeben:

1. Identitätsstärkung von Lesben, frauenbezogenen Bi-Frauen und Transgendern
2. Parteilichkeit aus Frauensicht
3. Akzeptanz der Geschlechtervielfalt
4. Stärkung der Hilfe zur Selbsthilfe
5. Ressourcenorientierung
6. Intergenerationalität
7. Akzeptanz des Andersseins und des Unterschieds

Diese Ziele werden realisiert durch unterschiedliche (psychosoziale) Angebote von Intervention:

- Pädagogisch angeleitete Gruppen und selbstorganisierte offene Angebote für Lesben, frauenbezogenen Bi-Frauen und Transgendern
- Altersspezifische und altersübergreifende Angebote
- Emanzipative Lesbenveranstaltungen, Arbeitsgruppen und Diskussionsforen
- Information, Beratung und Krisenintervention
- Feministische Mädchen- und Frauenarbeit
- Politische Interessenvertretung in der Öffentlichkeit
- Vernetzung innerhalb der LGBT-Community, der Frauenbewegung



und sozialen Bewegungen.

Die Angebote sind niedrigschwellig, kostengünstig und offen für Mädchen, Frauen und lesbische Transgender.

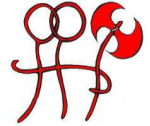
### Mitmachverein

Intervention ist ein Mitmachverein: Unser Anspruch ist, dass Professionelle (also bezahlte Kräfte) und Spenderinnen von Zeit und Geld, leitende Verantwortliche und partiell sich Engagierende sich in gleicher Weise einbringen können und dürfen und sollen. Bestimmend für das Miteinander im Verein sind die folgenden Grundhaltungen:

- Im Mittelpunkt stehen die Interessen von Lesben.
- Es gilt die Selbstdefinition und Selbstzuordnung einer jeden Frau/des Mädchens als lesbisch, Lesbe, JungLesbe, Frauen liebende Frau, Frauen bezogene BiFrau.
- Initiativen von lesbischen Frauen wird Raum gewährt, unabhängig von persönlichen Meinungen der Entscheidungsträgerinnen. Dies bedeutet in der Konsequenz die inhaltliche Autonomie der Gruppen und Projekte von Intervention. Grenzen werden lediglich bei den Finanzen und der öffentlichen Darstellung nach außen (Corporate Design und Corporate Identity) gesetzt.
- Zeitspenderinnen und bezahlte Kräfte haben gleiche Rechte und Pflichten. Bezahlte Arbeit ist durch einen internen Einheitslohn gleich dotiert.
- Die Arbeitsbedingungen von Zeitspenderinnen und Professionellen basieren auf Mitbestimmung, gemeinsamer Konfliktbewältigung und gegenseitiger Akzeptanz in den unterschiedlichen Kompetenzen.
- Intervention hat die Charta der Freiwilligen des DPWV für die Mitarbeit der Zeitspenderinnen übernommen, die die gesellschaftliche Bedeutung von Ehrenamt unterstreicht und die Basis für das Miteinander aller bei Intervention engagierten Menschen bildet. Hierunter fallen auch Angebote zur Fortbildung, Mitsprache und Aufwandsersatzung.

Schon deshalb, weil die Arbeit bei und von Intervention mit ehrenamtlicher Arbeit steht und fällt, aber auch, weil auch bundesweit die Arbeit für Lesben zu 90% ehrenamtlich stattfindet, fordern wir die steuerliche Entlastung von Ehrenamt, aber selbstverständlich ebenso die Verbesserung der bezahlten Arbeit für Lesben.

Ehrenamt hat jedoch Grenzen: Nicht alles kann und sollte über Freiwilligen-Dienste abgesichert werden. „Freiwilliges soziales Engagement (...) kann und soll Erwerbsarbeit nicht ersetzen.“, stellt auch der Paritätische\* in seiner Freiwilligencharta fest. Freiwillige Arbeit soll gezielt gefördert und gestützt werden, weshalb die Förderung von Qualifikation und Ausbildung von Zeitspenderinnen und deren Begleitung sowie die Verwaltung und Koordination von Ehrenamt zu den grundlegenden Forderungen von Intervention gehört. „Die Begleitung von Freiwilligen benötigt personelle und finanzielle Ressourcen.“ (Freiwilligencharta des DPWV)



## Leitmotive

Schon immer gehörte zur Vereinsstruktur von Intervention ein ausgeprägtes lesbenpolitisches Standbein. Als einziger Lesbenverein in Hamburg bietet Intervention allen interessierten Lesben die Gelegenheit, die aktuelle politische Situation für Lesben in Hamburg und im ganzen Land zu diskutieren und die Diskussionsergebnisse auch in Aktion umzusetzen. Dabei haben sich die unterschiedlichen Gruppen, die dieses Standbein in der Vergangenheit gebildet haben, drei Hauptaufgaben gewidmet: Wir wollen

**fordern, uns einmischen und vernetzen!**

---

## Fordern

---

Als Bestandteil der außerparlamentarischen Bewegung hat Intervention durch das stetige und beständige Fordern der parlamentarischen Politik dafür gekämpft und dazu beigetragen, dass Lesben in Hamburg eigene Räume haben, Pädagoginnen für sie arbeiten und öffentliche Gelder für Lesben bewilligt werden.

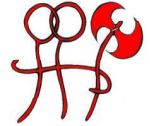
Unsere Forderungen fußen auf dem KJHG (Kinder- und Jugendhilfegesetz) und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und richten sich somit an die Politik. Sie orientieren sich an den durch Politik und Volksvertretung vertretenen Aufgaben des Staates, die in ihm lebenden Menschen zu schützen und im Rahmen der „Daseinsvorsorge“ für ihr Wohlergehen zu sorgen, wobei er sich des Subsidiaritätsprinzips\* bedient. Aus diesen Aufgaben ergibt sich das Recht auf Schutz vor Diskriminierung, das Recht auf Unversehrtheit und das Recht auf finanzielle Förderung von Projekten, um das Subsidiaritätsprinzip erfüllen zu können. Die Forderung nach finanzieller Förderung ist die Basis für die institutionelle Umsetzung dieses Prinzips.

### Forderung nach finanzieller Förderung

Die psychosoziale Versorgung lesbischer Mädchen und Frauen ist Aufgabe des Gemeinwohls und somit staatlich zu finanzieren. Intervention fordert diese Finanzierung und stellt sich als Träger zur Verfügung. Wenn es pädagogisch nicht vertretbar ist, auf unbezahlter Basis entsprechende Angebote anzubieten, werden sie nicht umgesetzt (z. B. sexualpädagogische Aufklärungsarbeit in Schulen, Beratung).

Deshalb fordert Intervention e. V. weiterhin zusätzliche finanzielle Förderung, um qualifiziert die sexualpädagogische Arbeit durchführen zu können, für Fortbildungen und Aufklärung von PädagogInnen über lesbisches Leben und für die Dokumentation und Auswertung der Arbeit; für die laufende psychosoziale Arbeit im LesbenTreff sowie die Koordination der Zeitspenderinnen.

Dabei beansprucht Intervention – aus dem Wissen, dass Armut nach wie vor weiblich ist – eine verstärkte Förderung für Projekte lesbischer Frauen, denn Lesben sind doppelt arm: Rein statistisch gesehen und im Durchschnitt, verdienen in einer Heterobeziehung nur der eine – weibliche – Teil 22 % weniger als der Durchschnitt, in einer schwulen Beziehung keiner, in einer lesbischen Beziehung verdienen beide 44 % weniger als der Durchschnitt! Dies wirkt sich in vielerlei Hinsicht aus und zeigt sich unter anderem auch darin,



dass es schon aus diesem Grund eklatant weniger Freizeit- und Ausgeh-Angebote für Lesben gibt. Projekte wie Intervention sind deshalb umso wichtiger und haben die Aufgabe, Raum für Begegnung und Austausch zu schaffen, um so Diskriminierung, Vereinzelung und Vereinsamung entgegenzuwirken.

### Keine Gewalt gegen Lesben

Intervention setzt sich für das Recht jeder lesbischen Frau auf ein Leben ohne Gewalt oder Diskriminierung ein! Um sich selbst behaupten zu können, müssen Mädchen und Frauen befähigt werden, sich durchsetzen und verteidigen zu können. Deshalb fordern wir die Hamburger Politik auf, kostenlose Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Frauen und eine öffentliche Förderung für Startschuss e.V., ein Schutzhaus für lesbische Frauen und Mädchen (speziell Migrantinnen) und eine Beratungsstelle für lesbische Migrantinnen zu finanzieren.

Wir fordern von der Politik: Keine Abschiebung in Länder, die Tod und Verfolgung für Lesben bedeuten. Die Verfolgung auf Grund lesbischer Identität oder Lebensweise muss als Asylgrund anerkannt werden. Lesbische Frauen, die als Familienangehörige von Asylberechtigten in der BRD leben, müssen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten. \*\*

Gleichzeitig wird gerade an diesem Punkt am deutlichsten, dass Rechte für Lesben nicht nur gesondert betrachtet werden können. Deutschland ist unserer Meinung nach historisch verpflichtet, grundsätzlich Asyl zu gewähren.

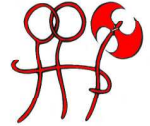
Deshalb fordern wir die Beendigung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und das Recht aller Menschen auf ein Leben in Würde, frei von Diskriminierung und Gewalt.

### Aktive Antidiskriminierungsarbeit durch Politik und Verwaltung

Es bedarf dringend gezielter Strategien, vernetzter Strukturen und wirksamer Maßnahmen, um dem verfassungsgemäßen Auftrag nach Gleichbehandlung nachzukommen und einen Rückfall hinter den Status quo zu verhindern.

Um eine Entwicklung der Gesellschaft zu einer Gleichstellung von Geschlechtern und von Menschen unterschiedlicher sexueller Identitäten zu erreichen, bedarf es dringend wirksamer Maßnahmen. Eine gezielte Förderung, sowie aktive Antidiskriminierungs- und Aufklärungsarbeit ist notwendig. Dazu gehören:

- Wenn schon das Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG), dann die volle Gleichbehandlung. Dazu gehören die Abschaffung des Ehegattensplittings und die Gleichbehandlung bei Erbschaftssteuer und Freibeträgen. Stattdessen eine steuerliche Förderung der Sorge für Kinder – unabhängig von den Familienmodellen, in denen sie leben – und für zu pflegende Personen und anderer sozialer Tätigkeiten. Konkret fordern wir hier:
  - Die Abschaffung des Ehegattensplittings, also der finanziellen Bevorzugung von Ehen mit ungleichen Einkommen! (Dies würde viele Milliarden Steuermehreinnahmen jährlich bedeuten!)
  - Die Ausweitung der Kinderrechte und des Individualrechts u.a. durch Veränderung des Artikel 6 des Grundgesetzes in: „Alle frei gewählten Lebensformen stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Besondere Fürsorge bedürfen neben Kindern und



Erziehenden alle diejenigen, die nicht für sich selbst sorgen können.“

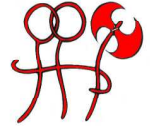
- Gleiches Adoptionsrecht für alle verantwortungsvollen Lebensformen, unabhängig davon, ob homosexuell, heterosexuell, alleinerziehend, ehelich oder nichtehelich.
- Gemeinsame Wohnberechtigungsscheine für lesbische Paare, andere Unverheiratete und Wohngemeinschaften.
- Keine Benachteiligung von Lesben im Arbeitsrecht.
- Die Förderung von Beratung für psychisch kranke Frauen, z. B. in einem feministischen Gesundheitszentrum.
- Anerkennung von Lesben als Verfolgtengruppe des Nationalsozialismus.
- Im kulturellen Bereich können Lesben dadurch gestärkt werden, dass die Bedeutung lesbischen Lebens für die Entwicklung Hamburgs erforscht und öffentlich gemacht wird sowie lesbische Geschichtsforschung und bezahlte Augenzeuginnenforschung gefördert und sichtbar gemacht wird.

Zu aktiver Antidiskriminierungsarbeit gehören insbesondere alle Maßnahmen, die dazu dienen, unter allen Menschen ein Klima gegenseitiger Akzeptanz und gegenseitigen Respekts zu fördern. Gerade unter Jugendlichen und älteren Menschen ist es alles andere als selbstverständlich, lesbisch zu sein!

Deshalb ist sich Intervention mit anderen Institutionen einig, dass folgende Maßnahmen dringend erforderlich sind:

- Unterricht zu sexueller Identität und Antidiskriminierung in allen Schulen unter den Gesichtspunkten der Menschenrechte, der Sexualpädagogik und der Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten unterschiedlicher Diskriminierungsfaktoren, sowie verpflichtende Weiterbildung für Lehrkräfte zum Thema „sexuelle Identität(en)“ und zu Diskriminierungserfahrungen lesbischer und schwuler Jugendlicher.
- Verpflichtende Weiterbildung zu sexueller Identität und Antidiskriminierung für MitarbeiterInnen in allen Behörden und öffentlichen Einrichtungen, sowie für alle im Gesundheitswesen Tätigen (ÄrztInnen, PsychologInnen, Pflegepersonal etc.).
- Finanzierung der Beratungsarbeit für Lesben und Schwulen, die von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen betroffen sind; hierbei müssen auch Stellen für MitarbeiterInnen finanziert werden, die den Betroffenen bei rechtlichen Schritten und anderen Lösungsmöglichkeiten zur Seite stehen.

Um alle diese Erwartungen von Lesben an die Stadt Hamburg umzusetzen, braucht es mindestens eine qualifizierte Fachinstitution, die sich mit lesbischem Leben, mit Diskriminierung, mit Wünschen und Erfahrungen lesbischer Frauen auskennt. Intervention e. V. ist seit 1982 eine solche Anlaufstelle.



---

## Einmischen

---

„Intervention“ steht schon in seiner Wortbedeutung für Einmischen, Verändern, Herausgehen: Dauerndes Einmischen in die aktuelle Politik ist ein weiteres Kennzeichen der aktiven Arbeit bei Intervention. Intervention „interveniert“ nicht nur nicht nur in die Gesellschaft, sondern setzt auch in Diskussionen der „Bewegung“ eigene Akzente, was nicht selten mit dem „Spaßbremsen“-Ruf quittiert wird. Wo manche sich über die Brosamen vom Tellerrand der großen Politik freuen – hält Intervention ein konstruktives, forderndes „Ja! – Aber...“ bereit.

Die Lebensformenpolitik sowie die Forderung „Keine Gewalt gegen Lesben!“ werden in Hamburg mit Intervention verbunden. Zu den wichtigsten Ergebnissen zählen hier die Lebensformenerkunden, die darauf aufmerksam machen, dass es zu mehr Rechten verhilft, sich als Individuum, Freundinnen- oder Liebespaar zu „vertragen“, als sich standesamtlich eintragen zu lassen.

In Übereinstimmung vieler feministischer Lesbengruppen vertritt Intervention den Standpunkt, dass gleiche Rechte für ALLE Lebensformen dringend nötig sind, um allen Lesben, nicht nur denen, die in eingetragenen Zweiergemeinschaften leben (wollen), gerecht zu werden.

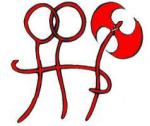
### Positive Leitbilder und eigene Räume stärken Selbstbewusstsein

Wie alle brauchen auch Lesben positive Vorbilder: Geoutete Menschen des öffentlichen Lebens erleichtern lesbisch/schwules Leben, weil ein positives Selbstbild entwickelt werden kann. Je mehr Menschen sich zeigen und offen leben, je selbstverständlicher das Bild offen lebender Lesben und Schwulen in der Gesellschaft wird, desto leichter wird es – gerade für junge Menschen – dies nachzuleben, desto selbstbewusster werden sie zu ihrer Identität stehen.

Auch Lesben respektierende Bildung für alle BehördenvertreterInnen und PädagogInnen, die Entwicklung und Veröffentlichung positiver Leitbilder in öffentlichen Institutionen (z.B. durch die Vermittlung eines positiven Bildes in der städtischen Werbung) stärken das Selbstvertrauen.

Eine akzeptierende Politik zeigt sich für Intervention auch in Lesben respektierender Altenpflege und Seniorinnenarbeit, sowie in der Förderung eines ganzheitlichen Gesundheitszentrums mit Gynäkologinnen, die sich mit signifikanten Krankheitsmerkmalen lesbischer Mädchen und Frauen auskennen. Da es gerade hier noch viele Forschungslücken gibt, werden dringend Gelder zur Erforschung lesben-spezifischer Krankheitsbilder und entsprechender Heilverfahren benötigt.

Da offenes lesbisches Leben in Hamburg noch lange nicht selbstverständlich ist, brauchen Lesben Anlaufstellen und Räume. Für den Erhalt dieser Räume muss Intervention öffentliche Förderung erhalten – etwa auf dem Niveau von „Hein & Fiete“, da Intervention als Pendant dazu die lesbische Infrastruktur maßgeblich mitgestaltet und zusätzlich nach außen aufklärend wirkt.



---

## Vernetzen

---

Die Vernetzungsarbeit von Intervention verfolgt zwei Ziele. Erstens wird in unterschiedlichsten öffentlichen und politischen Gremien auf die Existenz von Lesben hingewiesen und um die Berücksichtigung ihrer Interessen gerungen. Ignoranz als die Hauptform der Diskriminierung von Lesben wird damit durchbrochen. Zweitens werden Lesben mit unterschiedlichen Interessen und Lebensumständen miteinander bekannt gemacht. So hat Intervention in der Vergangenheit u. a. die Lesbenzeitung „Mathilde“, eine Aktionszeitschrift „Gegen Gewalt im Karoiviertel“, Dokumentationen, Flugblätter und Informationsschriften herausgegeben.

Als Hamburger Lesbenverein mit politischem Standbein bietet Intervention allen interessierten Lesben Gelegenheit zur Diskussion der aktuellen politischen Situation, zur Durchführung von Aktionen, zur Vernetzung. Intervention fühlt sich den feministischen Frauenbewegungen und den Bewegungen gegen Sozialabbau zugehörig und denen, die gegen Rassismus, Faschismus und Sexismus eintreten. So hat sich Intervention über die Jahre sowohl in linken Bewegungen, in Lesben-/Frauen-, Schwulenzusammenhängen, in etablierten Parteien und in Institutionen der Jugend, der Kultur und der Altenarbeit Anerkennung erworben.

Intervention arbeitet mit Lesbengruppen/-vereinen regional, bundesweit und international solidarisch zusammen und unterstützt bei Netzwerkbildung rund ums Lesbischsein.

Intervention respektiert die Arbeit anderer Projekte und Gruppen der lesbisch/schwulen Gemeinschaft, akzeptiert andere Positionen und steht für das Zusammenführen und gleichzeitige Anerkennen unterschiedlicher Kompetenzen.

## Schluss

Eine Umfrage unter den Mitgliedern und Aktiven bei Intervention hat ergeben, dass diese „ihrem Verein“ die Attribute links, autonom, lesbisch, politisch, selbst verwaltet, selbst bestimmt und zäh zuordnen.

**Das soll auch so bleiben!**

Anmerkungen

\* Der Paritätische (neue Bezeichnung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes)

\*\* Siehe gesondertes Positionspapier zum Asylrecht